



## **Antrag**

—

Fraktion DIE LINKE

### **Damit Sachsen-Anhalt auch morgen noch lächeln kann - Zahnmedizinische Versorgung im Land stärken**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest,
  - a. dass die Prognose mit der jüngst vorgelegten 2., überarbeiteten Auflage des Versorgungsatlas 2030 der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt (KZV) zur zahnmedizinischen Versorgung umgehende Maßnahmen erfordert.
  - b. dass durch die bevorstehenden Renteneintritte von mehr als der Hälfte der Zahnmediziner:innen in den kommenden zehn Jahren es zu einer massiven Beeinträchtigung der zahnmedizinischen Versorgung im Land kommen kann.
  - c. dass aufgrund dieser Entwicklungen mehr als 500.000 Menschen im Land Sachsen-Anhalt droht ohne zahnmedizinische Versorgung sein werden.
  - d. dass die zu erwartenden Zugänge das Defizit zwischen ausscheidenden und benötigten Zahnärzt:innen und Stellen für eine optimale bis ausreichende zahnmedizinische Versorgung in weiten Teilen des Landes voraussichtlich nicht ausgeglichen werden können.
  - e. dass es jetzt höchster Anstrengungen bedarf, um ein flächendeckendes zahnmedizinisches Versorgungsproblem in Sachsen-Anhalt noch in Teilen abzuwenden.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert,

- a. die Anstrengungen der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt zur Fachkräftegewinnung und -bindung umfassend zu unterstützen.
- b. die Kommunen strukturell und finanziell dabei zu unterstützen, das Ansiedeln von Fachkräften im ländlichen Raum durch ein attraktives Lebensumfeld zu stimulieren. Dabei sind die sogenannten weichen Standortfaktoren besonders in den Blick zu nehmen (z. B. ortsnahe Kitaplätze und Grundschulen, weiterführende Schulen ohne lange Schulwege, Vereinsstrukturen aber auch der ÖPNV).
- c. gemeinsam mit der Kassenzahnärztlichen Vereinigung Sachsen-Anhalt, der Zahnärztekammer Sachsen-Anhalt und den Kommunen Praxisgemeinschaften analog dem Modell der Polikliniken vor Ort zu entwickeln und aufzubauen.
- d. am Beispiel des Gesundheitsbahnhofs Nöbdenitz (Thüringen) zu prüfen, an welchen Verkehrsknotenpunkten gut erreichbare Gesundheitszentren errichtet werden können. Dabei wird die Aufwertung von leerstehenden Immobilien besonders berücksichtigt (z. B. alte Bahnhöfe). Das Land nimmt dazu Kontakt mit den Kommunen auf und bietet seine Unterstützung an.
- e. ein landeseigenes Förderprogramm aufzulegen, um Niederlassungen (durch Übernahme oder Neugründung) zu unterstützen und attraktiver zu gestalten. Dabei ist der Fokus auf Modernisierung, Digitalisierung und Barrierefreiheit der Praxen zu legen.

## **Begründung**

Bereits mehrfach in der aktuellen als auch in der vergangenen Legislaturperiode hat die Fraktion DIE LINKE den Antrag gestellt, die Versorgung der Bevölkerung Sachsen-Anhalts in den Blick zu nehmen und Versorgungsengpässen, besonders im ländlichen Raum, entgegenzuwirken. Die Landesregierung verweist aber stetig auf den sogenannten Sicherstellungsauftrag, der bei der Kassenzahnärztlichen Vereinigung liege. Zuletzt hat die Landesregierung eine Versorgungsprognose erbeten. Diese liegt nun mit dem 2., überarbeiteten Versorgungsatlas 2030 vor und es ist ein einziger Hilferuf der Kassenzahnärztlichen Vereinigung. Der Versorgungsatlas zeigt, was wir schon längst alle wissen (können), das Problem wird sich weiter verschärfen.

Eine gute, flächendeckende Gesundheitsversorgung gelingt aber nur, wenn alle zusammenwirken und sich unterstützen. So ist auch die Landesregierung hier in der Pflicht, für ein gutes Leben für alle sich verantwortlich zu zeigen. Dabei sind insbesondere unterstützende Maßnahmen zur Ansiedlung und Praxisübernahme gerade im ländlichen Raum zu schaffen. Dazu zählen aus Sicht der antragstellenden Fraktion insbesondere Versorgungszentren (wie das Modell der Polikliniken) in kommunaler Trägerschaft, mit denen auch mit einer Praxisneugründung verbundene Hemmnisse überwunden werden können. Aber auch das Thürin-

ger Projekt des Gesundheitsbahnhofes gilt es analog für das Flächenland Sachsen-Anhalt zu prüfen.

Fachkräftegewinnung und -bindung gelingt nur, wenn auch die Lebensbedingungen ansprechend sind. Dazu muss sich die Landesregierung mit den Kommunen aktiv zusammentun, um vor Ort Rahmenbedingungen zu erhalten und zu schaffen, die Familien willkommen heißen.

Land und Kommunen müssen dringend auch bei der Sicherstellung der zahnmedizinischen Versorgung eng zusammenarbeiten. Dafür sind Mittel über die Kommunalfinanzierung zur Verfügung zu stellen. Das Land muss auf Kommunen zugehen, um Abhilfe zu schaffen und der drohenden Entwicklung entgegenzuwirken.

Eva von Angern  
Fraktionsvorsitz